

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 28. 33. Jahrg.

9. Juli 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 2 Mk. 21/2, Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873). Für die Länder des Weip. Reichs 1/20

Redaktion:

Hans Renner, Berlin N24, Ecksstr. 26-28, III. Redaktionsschloß.
Montag, Telefon: Amt Nordr. 4265.
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Wolff, Schönefeld-Str. 1, Argente 3-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition.

Inhalt:

Hauptteil: Feinde des Achtstundentages. Rundschau. Verbandstag der Buchdrucker, I. — **Allgemeines:** Französisches Einfuhrverbot. — **Der Lithograph:** Eine Organisation der Privatlithographen. — **Die photomechanischen Fächer:** Wohin der Weg? I. — **Der photographische Mitarbeiter:** Deutsche Lichtbild-Kunst. — **Die Tapeetenbranche:** Der Formstechertarif für allgemein rechtsverbindlich erklärt. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. — **Adressen-Änderungen.** — **Kassenbericht für das IV. Quartal 1919.** — **Anzeigen.**

Feinde des Achtstundentages.

Von Tag zu Tag schärfer heben sich die verheerenden Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vom Horizont der steigenden Verelendung des arbeitenden Volkes ab und es ist nicht ausdenken, wie hoch die Not steigen wird, wenn in den nächsten Wochen der Zwingherr »Friedensvertrag« Erfüllung aller Verpflichtungen fordert. Die Hoffnungen, die vielfach auf »Spa« gesetzt werden und in der Annahme von allerhand Erleichterungen gipfeln, werden sich, wie schon so vieles, als Irrwahn erweisen und die Erfahrung wird lehren, daß die Terrine Kriegssuppe, die uns alld deutsches Maulheldentum und profithungrige Säbelpolitik eingerührt haben, so ziemlich bis zum Grunde ausgelöffelt werden muß.

Und wie die Kriegs-Friedens-Suppe nicht durch verständiges Wollen, Handel oder Schacher in unsichtbare und unfühlbare Atome verwandelt werden wird, genau so wird die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht durch göttliches Zureden aus der Welt zu schaffen sein, und alle solche Versuche als Experimente mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt erweisen. Vielmehr hat gerade hier die Erfahrung schon hundertzählig gelehrt, daß in der wirtschaftlichen Welt sich die Dinge hart im Raume stoßen und kein anderer Weg gangbar ist, als durch schärfsten Kampf die Grundlagen dafür zu schaffen, daß in Zukunft die Bedürfnisse der großen Masse des Volkes maßgebend sind für die Methoden, unter denen die Befriedigung dieser Bedürfnisse erfolgen soll. Und da gibt es nur den einen Weg über den Ertrag der Arbeit, der aus den Banden göttlich-kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung losgelöst und in die »banale« Form einer sich selbst genügenden Wirtschaftsgenossenschaft gepreßt werden muß.

Wer sich auch über die letzten Tage potenziert politischer Schaumschlägerei hinaus einen klaren Blick für die Realität der Dinge bewahrt hat und den gegenwärtigen Zustand der Werterzeugung aufmerksam betrachtet, wird keinen andern Ausweg aus dieser heillosen Situation finden. Die jetzt von geschäftigen Klopfflechtern gefundene Formel des Streiks der Käufer, dem alle die verheerenden Folgen kapitalistischer Profitwirtschaft auf die Schultern gepackt werden, hat nur den Zweck, den Gedankengang in ein anderes Bett zu leiten und die Erkenntnis zu verhindern, daß Nichtwollen, sondern Nichtkönnen die Ursache der Stockung im Warenumschlag ist. Trotzdem — oder besser gesagt — gerade deshalb werden alle Versuche dieser Art den immer tiefer in die Köpfe der Arbeiterschaft eindringenden Gedanken vom Zwange zum Sozialismus, geschürt von

der brennenden Not der Zeit, nicht aufhalten können und das Tun aller Elemente, diesen Gedanken aus den Köpfen der Arbeiter auszureißen, um ihnen die Früchte individualistischer Wirtschaft und Gesellschaft zu sichern, ist zum Scheitern verurteilt.

Den stärksten Bremsklotz zur restlosen Befriedigung kapitalistischer Profitgier haben alle Gegner einer Gemeinwirtschaft ganz richtig im Achtstundentag erkannt und es werden alle Anstrengungen gemacht, diese hemmende Feste niederzulegen. Erst muß das Scheusal des Achtstundentages seinen letzten Seufzer von sich gegeben haben, ehe der Heißhunger nach unbegrenztem Profit gestillt werden kann. Auch wenn man im Kampfe gegen den Achtstundentag die Not der Zeit und den Warenhunger des arbeitenden Volkes ins Feld führt, sind diese Begründungen nur diktiert von dem Willen, dem Achtstundentag den Garaus zu machen. Leider wird dieses Streben nach Beseitigung des Achtstundentages durch das unsinnige Verhalten eines Teiles der Arbeiterschaft unterstützt, der nicht versteht, die Erregenschaften der Revolution hochzuhalten und die gewonnene Freizeit zu seiner Erholung zu verwenden.

So unglaublich es auch manchem erscheinen mag: Es gibt tatsächlich Arbeiter, die nach Feierabend entweder in einem fremden Betriebe oder zu Hause für fremde Rechnung Berufsarbeit oder andere Arbeit leisten. Ganz abgesehen von der Konkurrenz, die damit in der Hauptsache den Kleinmeistern gemacht wird, schädigen diese Arbeiter in kurzfristiger Weise ihre eigenen Interessen und damit die der Gesamtheit, daß alle Ursache vorliegt, dieses Krautern nach Feierabend mit allen Mitteln zu unterbinden. Wohl ist verständlich, daß mancher Arbeiter durch die Not, die auf ihm lastet, zu solchem Tun gekommen ist, aber der Schaden, der damit angerichtet wird, überwiegt so unendlich den augenblicklichen relativ geringen Nutzen, daß gegen solches Tun eingeschritten werden muß.

Einen Weg, das Krautern nach Feierabend zu unterbinden, zeigen verschiedene Orte durch Bildung von Interessengemeinschaften zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. In der Hauptsache ist es die Kleinindustrie, die allerdings aus andern Gründen als die Arbeiter, solche Interessengemeinschaften eingehen. So hat der Bezirksausschuß Glauchau mit dem dortigen Arbeiterrat und Gewerkschaftskartell zur Unterbindung des Nachfeierabendkrauterns folgende Vereinbarung getroffen:

1. Beide Parteien setzen Ausschüsse ein zur Überwachung der Durchführung des Achtstundentages.
2. Jeder Meister hat den Gehilfen oder Arbeiter sofort zu entlassen, der Nebenarbeit leistet.
3. Kein Meister darf einen wegen Nebenarbeit entlassenen Arbeiter oder Gehilfen wieder einstellen.
4. Bei Nebenarbeit betroffene Arbeiter werden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Das sächsische Arbeits- sowie Wirtschaftsministerium empfiehlt den Abschluß solcher oder ähnlicher Vereinbarungen auch in anderen Orten und rät, hierzu paritätische Ausschüsse zu schaffen und die Unternehmer zu ver-

pflichten, im Arbeitsvertrage die Leistung von Nebenarbeit als Grund für die sofortige Entlassung zu erklären, wenn dies nicht schon durch Tarifverträge geschehen ist. Auch das Reichsfinanzamt weist die Landesfinanzämter darauf hin, die Nebenarbeit als selbständigen Betrieb zu betrachten, sobald sie nachhaltig betrieben wird.

Diese Auslassungen des sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministeriums sind die Antwort auf eine Anfrage des Verbandes sächsischer Industrieller, wie man sich dazu stelle, durch Tarifverträge eine Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit durch den einzelnen Arbeiter zu beseitigen und zu verhindern, daß Arbeiter in solchen Fällen aus ihrem Verbands ausgeschlossen oder vom Unternehmer kündigunglos entlassen werden. Daß diese Antwort den sächsischen Industriearbeitern nicht gefallen hat, ist jedem klar, der diese Herren kennt und die von ihnen darauf gegebene Antwort kennzeichnet wieder einmal so recht treffend die ganze gegenwärtige Situation. Diese Antwort des Industriellenverbandes besagt, daß die Überschreitung der Arbeitszeit im — Achtstundentage liege. In der Überschreitung der Arbeitszeit zeige sich der »Schaffensdrang der betreffenden Arbeitskräfte« und ein »stetigender Fleiß«, verbunden mit einem »gesunden Erwerbssinn«. Man könne darum Maßnahmen, die die gesteigerte Arbeitslust (hört! hört! Die Red.) wieder niederdrücken würden, nur bedauern. Vielmehr müsse eine **generelle Überschreitung der Achtstundenarbeitszeit** gestattet werden. Es müsse z. B. möglich sein, durch Tarifverträge eine **neunstündige Arbeitszeit festzulegen**, nicht aber solle auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter mit Strafen gegen solche Geschäfte eingeschritten werden, die im Einverständnis mit ihrer Arbeiterschaft den Achtstundentag überschreiten.

Deutlicher kann das Sehnen, den gehäßten Achtstundentag um die Ecke zu bringen und der strankenlosen Ausbeutung im Interesse des dreimal geheiligten Profits Tür und Tor zu öffnen, gar nicht zum Ausdruck gebracht werden. Das Tragische aber daran ist, daß in dem Verhalten eines Teiles der Arbeiterschaft das Unternehmertum eine Begründung zu seinem volksfeindlichen Tun findet. Schon diese eine Tatsache allein sollte genügende Veranlassung sein, die Arbeiterschaft abzuhalten, den Unternehmern in die Hände zu arbeiten. Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit muß ganz naturgemäß die Not der Arbeiterschaft noch mehr wachsen, denn Verlängerung der Arbeitszeit ist gleich Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen ist in der kapitalistischen Produktionsweise die Voraussetzung für höhere Ausbeutung des Gesamtproletariats. Je größer die industrielle Reservearmee ist, desto eher ist das Kapital in der Lage, die Löhne zu drücken und den Profit zu steigern. Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft nicht Vermehrung der Verbrauchsgüter für alle, sondern Verelendung der Massen, früher Verfall der Lebenskraft, vorzeitiges Altern und den Tod vor dem natürlichen Ablauf des Lebens.

Hier zeigt sich den Gewerkschaften eine Aufgabe, die zu lösen alle Kräfte mobil machen sollte. Aber die restlose Lösung ist nur möglich durch intensive Mitarbeit der Betriebsräte und zeigt auch dieses praktische Beispiel wieder, wie notwendig der enge Anschluß der Betriebsräte an die Gewerkschaften ist. Es gibt wenige Dinge, die in aller Stille, aber mit solcher Gründlichkeit das Wohl der Gesamtarbeiterschaft zu beeinflussen vermögen, wie diese Überschreitungen des Achtstundentages und es kann der Gesamtarbeiterschaft nicht gleichgültig sein, in welcher Weise ein Teil der Klassengenossen zugunsten seiner Gegner die allgemeine Lage des Proletariats verschlechtert und den jetzigen Zustand bitterster Not unendlich verlängert.

Zusammengefaßt aber ist der Kampf gegen den Achtstundentag der Kampf gegen die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer Bedarfswirtschaft, deren Ergebnisse allen gleichmäßig zugute kommen. Wer gegen den Achtstundentag sündigt, vergeht sich an dem Streben der Arbeiter nach einer gerechten Verteilung des Arbeitsertrages. *Sabotage des Achtstundentages ist Sabotage am Sozialismus!*

Rundschau.

Achtung, Betriebsräte! Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralstellen oder provisorische Rätezentralen errichtet und die Betriebsräte auf den Verkehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremistischer Richtung wurde eine solche provisorische Rätezentrale in Berlin empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Rätezentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverschiedenheiten auseinander zu organisieren und ansieht der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmerum den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter zu pflegen. Durch solche Selbstzerfleischung aber würden die Betriebsräte niemals ein machtvolleres Werkzeug zur Demokratisierung unserer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährt leistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich.

Wir richten an alle Betriebsräte im Reich das dringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unerfahrenen Rätezentralen einfangen zu lassen, sondern sich einig und allein an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO 16, Engelfufer 15, IV, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

Für sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an die Reichskanzlei, ans Reichsarbeitsministerium, ans Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 28. Mai ein eindringliches Schreiben gerichtet, worin er hinweist auf die sich in letzter Zeit ganz besonders mehrenden Kundgebungen gewerkschaftlicher Körperschaften, besonders von Ortsausschüssen des Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartellen) im ganzen Reich und besonders in Bayern, in denen gegen die immer unerträglicher werdende Verteuerung der Lebensunterhaltungskosten Verwahrung eingelegt wird. Die Kundgebungen sind dem Bundesvorstand zum Zwecke der Weiterleitung an die zuständigen Stellen übermittleit worden. Der Vorstand hat bisher davon abgesehen, jede einzelne dieser Kundgebungen weiterzugeben, hält es jedoch für seine Pflicht, die zu ständigen Stellen auf sie und das Gefährliche der gegenwärtigen Lage aufmerksam zu machen. Wenn nicht unverzüglich ein sehr wirksames und fähbares Eingreifen erfolgt, so werden schwerer Erschütterungen unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens unabweisbar bevor. Es besteht die große Gefahr, daß mit weiterer Verschärfung der Notlage oder auch nur mit weiteren Gegen- oder Geschehenlassen sich Elemente der Bewegung bemächtigen, bei denen es sich nicht um eine Beseitigung der Notlage der arbeitenden Bevölkerung sondern um die Erreichung extremer politischer Ziele handelt. Fast aus allen diesen Kundgebungen spricht bis jetzt noch die Erkenntnis, daß mit weiteren Lohn erhöhungen eine wirk-same und dauernde Abhilfe nicht zu erzielen sei, sondern daß diese nur erzielt werden können durch sofortigen und starren Abbau der Preise. Gesetze dieser aber nicht unverzüglich, dann bestehn-

allerdings die Gefahr, daß die Verzweiflung sich in noch weiteren Lohn erhöhungen Luft mache, die in Anbetracht der großen Spannung zwischen tatsächlichem Einkommen und notwendigem Lebensbedarf eine bisher nicht dagewesene Höhe erreichen dürfte, die dann, auch wenn sie nur zum Teil bewilligt würden, die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse noch mehr erschweren dürfte, als es ohnehin schon der Fall ist. Aus diesen Gründen empfiehlt der Bundesvorstand die Darlegungen einer eindringlichen Beachtung.

Müssen die Löhne abgebaut werden? Deutsche Kapitalssöldlinge schreiben und schreiben sich die Finger wund, bevor nicht die hohen Arbeitslöhne abgebaut seien, könne an eine Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens nicht gedacht werden. Das ist Schwindel. Denn im Ausland sind die Löhne viel höher als in Deutschland. So verdienen z. B. in Kopenhagen pro Woche (1 Krone ist gleich 10,75 Mk.):

Bäcker . . .	61,77 Kronen	664,02 Mk.
Klempner . .	7176 "	771,42 "
Bauarbeiter .	88,55 "	951,91 "
Maurer . . .	112,91 "	1231,78 "

Wie in Dänemark liegt es auch in anderen Ländern. Folgender Vergleich zeigt den Unterschied der Löhne im Ausland und hier in drastischer Weise. Es erhält ein hochqualifizierter Metallarbeiter in

Deutschland (Berlin)	pro Woche etwa 270 Mk.
Dänemark	71,76 Kr. " " " 775 "
England 80 Schilling	" " " 990 "
Amerika 27,21 Dollar	" " " 1630 "

Die deutschen Unternehmer können sich also nicht darüber beklagen, daß die Höhe der deutschen Löhne von der deutschen Industrie nicht zu ertragen wäre, daß sie auf dem Auslandsmarkt nicht konkurrieren könne. Ein Vergleich mit den Gewinnergebnissen zeigt übrigens sofort, wie sinnlos die Behauptung ist.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich ist, wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, auch am 15. Juni nicht in dem Maße gewachsen, wie es nach der kritischen wirtschaftlichen Lage allgemein angenommen wurde. Dies erklärt sich daraus, daß die Betriebe bemüht sind, ihre Arbeiter so lange wie möglich durch eine Kürzung der Arbeitszeit in der Arbeit zu erhalten. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juni 221 123, der weiblichen Erwerbslosen 67 935, insgesamt also 289 058. Damit ist die niedrigste Ziffer, die bisher erreicht worden ist, die Ziffer vom 1. Juni d. Js., die 271 961 betrug, um rund 17 000 überschritten. Die Steigerung beträgt also nicht mehr als etwa 6 Prozent. Zu den eigentlichen Erwerbslosen treten 271 146 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahlen entsprechen etwa dem Stande, den die Erwerbslosigkeit am 1. Mai dieses Jahres erreicht hatte

Der Verbandstag der Buchdrucker.

I.

Von den graphischen Verbänden hielten nur die Buchdrucker während der Kriegszeit eine Generalversammlung ab. Sie konnten deshalb die Verhältnisse nach der Revolution sich erst auswirken lassen, bevor sie zu den grundlegenden Veränderungen Stellung nahmen. Für die graphische Arbeiterschaft war der Verbandstag der Buchdrucker, der vom 14. bis 24. Juni in Nürnberg tagte, ein Ereignis. Aber auch die anderen Gewerkschaften, die zum Teil recht bewegte Auseinandersetzungen hinter sich hatten, erwarteten sehr gespannt den Ausgang der Buchdrucker tagung. Bei den Buchdruckern, die schon früher eine starke Organisation hatten, hat das radikale Wort nicht die Bedeutung wie in den Verbänden, die nach der Revolution große Massen Unorganisierter aufgenommen haben. Die aus der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungstatsachen waren Gemeingut großer Kollegenkreise. Deshalb verlangen die Schlagworte des letzten Jahres gegenüber der schweren, praktischen Tagesarbeit bei den Buchdruckern nicht so stark wie dort, wo große Arbeitermassen erst ihre gewerkschaftliche Arbeit begannen.

Die Tagesordnung war außerordentlich umfangreich. Es waren deshalb auch von vornherein zehn Verhandlungstage in Aussicht genommen. Dazu ist es noch, daß die einzelnen Sparten vorher ihre Zusammenkünfte abhielten. Mehr als 150 Delegierte und Vorstandsmitglieder waren zu erster Sitzung in Nürnberg erschienen. Hierzu traten die Vertreter einer Reihe ausländischer Bruderorganisationen sowie Vertreter der deutschen graphischen Organisationen. Unser Verband wurde durch drei Kollegen Haß vertreten.

Der letzte Jahresbericht des Verbandsvorstandes war umfangreicher als die früheren. Außerdem hatte der Verbandsvorstand einen neuen Statutenentwurf und eine Dankadresse über die Unterstützung der Delegierten an die Hand gegeben.

Es war zu erwarten, daß beim ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Verbandsvorstandes und Genehmigung des Rechnungsberichtes, die Gegensätze in der Auffassung darauf hervorgerufen würden. Die Teilnehmer erlebten noch einmal die

nun schon bekannte Auseinandersetzung zwischen »radikaler« und »sichtbarer« Gewerkschaftstaktik. Zweieinhalb Tage ergoß sich der Redestrom, ohne wesentlich neue Gesichtspunkte hervorzukehren. Neben den abgedroschensten Dingen über die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften, den Burgfrieden usw. wurde sehr ernsthaft auch über die neueren Probleme, die die Revolution gebracht hat, lebhaft gestritten. Dabei wurden schon Dinge mitberührt, die in selbständigen Tagesordnungspunkten verhandelt werden sollen. Die Angriffe riefen natürlich auch die Anhänger der anderen Richtung auf den Plan, und so zog noch einmal die ganze Leidenszeit der Arbeiterschaft seit August 1914 an dem Zuhörer vorbei.

Gegen Mittag des dritten Tages wurde die erste Kraftprobe über das Stärkeverhältnis der Anschaungen gemacht. Zunächst fand ein Antrag Ebel gegen wenige Stimmen Annahme, der verlangte, daß auch ein Arbeitnehmervertreter der Papierverarbeitung im Reichswirtschaftsrat Aufnahme finden müsse. Die Verfechtung der Forderung wurde damit durch die Generalversammlung ausgesprochen. Bei der grundsätzlichen Abstimmung über die Anschauung der Richtungen wurde eine Resolution Koffe in namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Diese Resolution der »Opposition« hatte folgenden Wortlaut:

»Die Generalversammlung verurteilt aufs schärfste die während des Krieges und nach dem 8. November 1918 eingenommene Haltung der leitenden Organe unseres Verbandes.

Der Burgfrieden war lediglich zu dem Zweck geschaffen, die Arbeiter leichter in den Chauvinismus hetzen zu können und die Durchführung der Kriegspolitik der herrschenden Militärpartei ungestört vor sich gehen zu lassen.

Der Burgfrieden wurde zum Grab der Stimme der Vernunft.

Der Burgfrieden zerriß die Fäden der Arbeiter-Internationale.

Der Burgfrieden förderte die Raub- und Profit-sucht der Nutznießer des Krieges zügellos.

Die Verelendung der Buchdrucker, insbesondere während des Krieges, ist die Frucht des Burgfriedens, indem die Organisationsleitungen vom Vorstand über den »Korrespondent« hinweg bis zum kleinsten Ortsvereinsvorsitzenden hinab jede Bewegung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als nicht im »vaterländischen« Interesse liegend, ängstlich vermieden haben, während die Unternehmer ungestört die ausgemergelten Arbeiter ausbeuten konnten. Die Generalversammlung erblickt in der Tätigkeit und Förderung der von dem Gewerkschaftsbund an Stelle des Klassenkampfes betriebenen wirtschaftlich-friedlichen Regelung des Arbeiterrechtes, der Arbeitsgemeinschaft, die in ihrer Konsequenz die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker bedeutet, eine Täuschung der Arbeiter in bezug auf die Befreiung derselben vom kapitalistischen Wirtschaftssystem, d. h. von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der Gang der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse hat inzwischen gezeigt, daß die Arbeiter auf sich allein angewiesen sind, wenn sie ernsthaft an die Beseitigung aller der unerträglichen Zustände, wie sie sich in der Profitreibjagd der kapitalistischen Produktionsweise verkörpern, ans Werk gehen.

Die Aufgabe der leitenden Organe des Verbandes besteht in enger Fühlungnahme mit den Mitgliedern, in der Förderung des Selbst- und Mitbestimmungsrechts derselben in allen Fragen der Neugestaltung wirtschaftlicher und organisatorischer Natur und in der sozialistischen Erziehung zu Klassenkämpfern.

Der autokratische Charakter der leitenden Organe hat einer wirklichen Demokratie im Verbands Platz zu machen, dann erst wird die Organisation Willen und Willen der Mitglieder nach innen wie nach außen veranschaulichen.

Für diese Resolution stimmten in der Hauptsache Berliner und Leipziger Delegierte; aus Süddeutschland nur je ein Vertreter aus Reutlingen und Heilbronn.

Sodann wurde dem Verbandsvorstand in einfacher Abstimmung gegen 34 Stimmen Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen.

Eine andere längere Resolution Böitiner, Leipzig verlangte bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Verweigerung der Herstellung konter-revolutionärer Druckerzeugnisse. Anders ausge-drückt bedeutete diese Resolution die Unterstellung der Presse unter die Zensur der Komplettionen der Arbeiterschaft. In ebenfalls namentlicher Abstimmung wurde auch diese Resolution mit 103 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Auf Vorschlag einer Redaktionskommission wurde dann eine Resolution gegen 39 Stimmen angenommen, die die Haltung der Buchdrucker zum Generalstreik im März des Jahres und für die Zukunft festlegt. Der Wortlaut ist folgender:

»Die Generalversammlung stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an dem Generalstreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften beteiligt haben.

Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlichen Gelegenheiten die erforderliche Aufklärung der Öffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zum Ausdruck, daß bei zukünftigen, vor-

der Zentralleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktionen von den Zentralstellen bzw. von den von diesen zur Leitung der örtlichen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Preiserzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzustellen sind.

Die Generalversammlung verurteilt aufs entschiedenste die im letzten Jahre wiederholt erfolgten Verbote von Zeitungen. Sie erklärt, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit unter allen Umständen gewährleistet werden muß. Jede Beschränkung der Pressefreiheit führt zur geistigen Knechtung und bedeutet einen Kulturrückschritt.

Die in letzter Zeit in die Erscheinung getretene Verwertung des Zeitungsgewerbes durch die Schwerindustrie liegt nicht im Interesse der Pressefreiheit. Diese Monopolisierung führt zu einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im kapitalistischen Sinne, die letzten Endes eine Demoralisierung des Zeitungsgewerbes im Gefolge haben muß und auch für die Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes die größten Gefahren in sich birgt.

Sodann wurde noch ein Antrag angenommen, der sich gegen einen Erlaß des Reichspostministers ausspricht, der anordnet, daß in den Postschekdrehereien nur noch angelernte Arbeiter zum Setzen und Drucken Verwendung finden sollen. Der Protest richtet sich gleichfalls gegen die Fahrkartendruckereien der Deutschen Staatsbahnen, wo ein Gleiches beliebt wird.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Französisches Einfuhrverbot.

Die französische Regierung hat neuerdings zur Verbesserung des ungünstigen Standes der Valuta die Einfuhr zahlreicher Waren — in der Hauptsache handelt es sich hierbei um Luxusartikel — nach Frankreich bis auf weiteres verboten. Das Einfuhrverbot trifft nach dem »Journal Officiel« u. a. die nachstehenden Waren, welche an dieser Stelle von besonderem Interesse sind:

Tarif-Nummer	Warengattung
467	Albums, einfach kartoniert, mit Bildern, Samalungen oder Zeichnungen, in schwarz oder farbig.
469	Stiche, stichähnliche Drucke, Photo gravüren, Lichtdrucke u. dergl., Gravierungen, Lithographien, Farbdrucke, Abziehbilder auf Bogenpapier, Etiketten und Zeichnungen aller Art, einschließlich der Kalender, Geschäftsanzeigen und der Einlagen für Photographie-, Sammel- und Ansichtspostkartenalben.
469 bis.	Photographien.
469 ter.	Photogravüren u. dergl., in Bogen oder ausgeschlagen zu Karton, Tischkarten usw.
Aus 469 quater	Rollen und Streifen für Kinematographen; belichtet.
470	Drucksachen aller Art mit Ausnahme von schwarzen oder farbigen.

Der Lithograph.

Eine Organisation der Privatlithographen.

Es ist das Verhängnis aller Handarbeit, deren industrielle Auswertung die Erzeugung von Profit Anlaß ist, daß sie, losgelöst von größeren Massen in festem Kapital in teuren Produktionswerkzeugen, zum Kleinhandwerk verdammt ist. Kommt noch hinzu, daß die Handarbeit auf kostspielige und schwer transportable Rohmaterialien verzichten kann, dann sind die Grenzen in der Kleinheit der Betriebe bis zur letzten Konsequenz gegeben und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in ungeahnten Perspektiven eröffnet.

Die Lithographie und mit ihr alle Berufe kunstgewerblichen Schaffens haben diese Schwächen der Handarbeit in ihrer ganzen Größe und ihrer ganzen Schwere kennen lernen und den Keldkapitalistischer Ausnutzung der Arbeitskraft mit all ihren widerwärtigen Zutaten bis zur Neige führen müssen. Besonders die Lithographie, deren industrielle Auswertung Reichtum auf Reichtum packte, hat der Profitsucht Opfer um Opfer bringen müssen und in der Privatlithographie war das Werkzeug geschaffen, die Arbeitskraft des Lithographen bis zu letzten Regung auszunutzen. Und je mehr die manuelle Arbeit der Lithographie den Formen der Massenproduktion zustrebte, um so stärker wurde die Ausbeutung der Arbeitskraft an, um dann in der Postkarten-Schmier-Lithographie den höchsten und gewerblich-beruflichen Korruption zu erreichen.

Schon genug ist die herrliche Blüte »Privatlithographie« am Baume Kunstgewerbe in den Kreisen der Berufsberberher gewurdigt worden, und es überlegt sich, noch einmal alle Facetten dieses schändlichen Arbeitssystems ans Licht des Tages

zu ziehen. Und trotzdem die geradezu wahnsinnigen Verheerungen des beruflichen Zwischenmeistertums dazu raten, diese Gesellschaft mit Stumpf und Stiel auszuroden, verlangt die Entwicklung des Gewerbes, wenigstens in der jetzigen Wirtschafts- und Produktionsform, die Beibehaltung der Privatlithographie. Gewerbliche Besonderheiten und die immer noch in ihren Anfängen stekende Konzentration sind die Gründe dazu.

Ist die Struktur des Gewerbes Bedingung zur Existenz der Privatlithographie dann ist es Aufgabe der gewerblichen Arbeiter, die Privatlithographie ihres berufsschädigenden Charakters zu entkleiden. Der Anfang dazu ist im Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe gemacht worden insofern, als auch in Privatlithographien die im Tarifvertrag festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen Geltung haben und durch die Verbindlichkeitserklärung zum zwingenden Recht geworden sind.

Nach den neuesten Meldungen zu urteilen, wollen anscheinend auch die Privatlithographen selbst mit dazu beitragen, die Privatlithographie aus ihrer bisher unwürdigen Stellung herauszuheben und zu einem nützlichen Glied des Berufes zu machen. Durch die Zusammenfassung in einer »Vereinigung der Privatlithographen, kunstgewerblichen Zeichner und Maler Deutschlands« will man sich den nötigen Schutz den Auftraggebern gegenüber sichern und durch eine allgemeine gültige Gebührenordnung und einem einheitlichen Preisberechnungsstarif die Schleudergelbete unterbinden. Im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien lesen wir folgendes darüber:

»Der Aufruf der Hannoverschen Privatlithographen im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien und ihr Rundschreiben zur Herbeiführung eines festen Zusammenschlusses sämtlicher Privatlithographen, kunstgewerblichen Zeichner und Maler Deutschlands haben in den in Betracht kommenden Kreisen allgemeine Beachtung gefunden. In den vielen Zuschriften, die daraufhin eingingen, wurde dem argeregten Zusammenschluß begeistert zugestimmt und gewünscht, daß dieser sobald wie möglich durchgeführt werde. Allgemein wurde anerkannt, daß sich nur durch eine feste Verbindung und ein gemeinsames Handeln die Privatlithographen und freien Georandgraphiker vor Schäden unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen bewahren können. Die Hannoverschen Privatlithographen haben infolge dieser guten Aufnahme ihres Aufrufs beschlossen, nunmehr eine Vereinigung der Privatlithographen, kunstgewerblichen Zeichner und Maler Deutschlands ins Leben zu rufen. Der Zweck der Vereinigung soll sein: Wahrung der geschäftlichen und beruflichen Belange der Privatlithographen, selbständigen kunstgewerblichen Zeichner und Maler. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Schutz vor geschäftlicher Übervorteilung durch die Auftraggeber;
2. Festsetzung und Durchführung eines einheitlichen Preisberechnungsstarifs und Aufstellung einer allgemein gültigen Gebührenordnung;
3. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und Unterbindung der Schleudergelbete;
4. Beratung in Berufs- und Geschäftsfragen;
5. Einsetzung eines Schiedsgerichts für Streitfälle in Ständefragen;
6. Eirtiaufnahme auf die Gesetzgebung, die Stard und Gewerbe der Vereinigten berührt;
7. Rechtsschutz in Fällen grundsätzlicher Bedeutung für die Vereinigung;
8. Anschauungsunterricht zur Erleichterung und Sicherung einer gesunden Preisberechnung durch Veranstaltung von Ausstellungen und Vorträgen.

In den einstweiligen Vorstand wurden berufen die Herrr: Friedrich Schmetter, Vorsitzender; W. Toll, Kassierer; H. Schmidt, Schriftführer, und Wilhelm Drewes, Beisitzer.

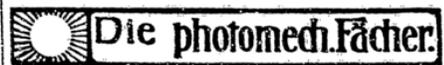
Über die Endgültigkeit des Sitzes der Vereinigung, die Beitragshöhe usw. entscheidet die spätere Gründungs-Hauptversammlung. Zur Bestreitung der Kosten für die Durchführung der Aufgaben der Vereinigung und für die Werbetätigkeit wurde ein vorläufiger Beitrag von 24 Mark für das Jahr festgesetzt, der in Vierteljahresraten im voraus einzuzahlen ist.

Anmeldungen und Zuschriften sind an den Vorsitzenden, Herrn Fr. Schmetter in Hannover, Hainhölzer Straße 9, zu richten. Mitgliederbeiträge und sonstige Zuwendungen sind zu senden an das Postfachkonto Hannover Nr. 26693 der Firma H. Schmidt & Toll, mit dem Zusatz: »Für die Vereinigung der Privatlithographen, kunstgewerblichen Zeichner und Maler Deutschlands.«

Wenn die neue Vereinigung der Privatlithographen, kunstgewerblichen Zeichner und Maler Deutschlands bereit ist, der gewerblichen Schutzkonkurrenz ein Paroli zu bieten und nicht durch Preisunterbietet die Existenz der Gehilfen in den Kreisen untergräbt, dann wird sie im Gehtenkreisen wohl kaum auf Widerstand stoßen. Voraussetzung dabei natürlich ist, daß bei Bestätigung von Gehilfen die gewerblich üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Geltung gesetzt werden. Auch in der Lohnfrage wird und muß die Gehilfenschaft, soweit im eigenen wie im Interesse des Gewerbes, mit allem Nachdruck die Einhaltung der zwischen den vertragsschließenden Parteien

vereinbarten Bedingungen verlangen und von vornherein darauf dringen, daß bei Ausbildung von Lehrlingen nicht der daraus zu ziehende Gewinn, sondern die Heranbildung eines beruflich tüchtigen Nachwuchses das Leitmotiv in der Ausbildung von Lehrlingen sein muß.

Die Gehilfenschaft steht dieser neuen beruflichen Organisation gegenüber einseitigen mit Wehr bei Fuß. Sie wird auch hier die Entwicklung der Dinge scharf beobachten und aus den gewonnenen Ergebnissen ihr Fazit ziehen. Die Gehilfenschaft weiß sehr wohl zu beurteilen, daß die Glieder der neuen Organisation beruflich zwischen Kapital und Arbeit stehen und der Gehilfenschaft in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht bespringen kann. Sie weiß aber auch sehr wohl zu beurteilen, wenn ihrem berechtigten Streben Hindernisse in den Weg gelegt werden und wird die Mittel zu finden wissen, alle Hindernisse zu beseitigen.



Wohin der Weg?

Es muß einmal offen heraus gesagt werden: der Glaube an die Zweckmäßigkeit unserer Tarifpolitik hängt an zu wanken, die Zahl der Gegner wächst. Und man mag noch so felsenfest davon überzeugt sein, nicht nur von der Vorteilhaftigkeit, sondern auch von der Notwendigkeit tariflicher Verhältnisse, es hat alles keinen Zweck, wenn die Anzahl derer, die groß wird, welche diesen Glauben nicht teilen. Und es wird wohl in letzter Zeit mancher Kollege, welcher an dem Aufbau des Tarifes mitgearbeitet hat, sich die bange Frage vorgelegt haben, wohin der Weg führen soll; wie das Ende aussehen wird.

Nun ist es ja verteuelt leicht gesagt, und ich selber habe den Gedanken hier schon während des Krieges ausgesprochen: wenn es nicht anders geht, so soll eine tariflose Zeit denen mal die Augen öffnen, welche der Meinung sind, daß nur der Tarif mit seinen zwingenden Formeln schuld sei an den trostlosen Verhältnissen und daß es ohne solchen bei weitem besser um unsere Sache stände. Aber damals lagen die Verhältnisse doch etwas anders und unverantwortlich ist es meines Erachtens, mit offenen Augen ins Verderben zu rennen, ohne wenigstens vorher eine warnende Stimme erhoben zu haben. Und das Experiment käme unserem Beruf wahrscheinlich jetzt so teuer zu stehen, daß mit Recht die Frage oder der Vorwurf erhoben werden könnte: warum nicht in rechter Zeit vor diesen Folgen gewarnt?

Ich glaube, viele, sehr viele von unseren — speziell jüngeren Kollegen, können sich zunächst nicht im entferntesten ein Bild davon machen, wie es in unserem Beruf aussah, als noch kein Tarif geschaffen war. Sie empfinden den Tarif als etwas hemmerndes, zwingendes und meinen, ohne einen solchen wäre es möglich, Berge zu versetzen, Ströme in ihrem Lauf zu hemmen.

»Die freie Entfaltung der Kräfte der vorwärts drängenden Arbeiterschaft...« ach, es klingt ja so wunderschön, nur... ich glaube mal nicht so feste daran und, halt mich der Henker, ich bin nach November 1918 etwas skeptisch geworden!

Nebenbei bemerkt, hatten wir ja vor 1900 ausgezeichnete Gelegenheiten, ohne Tarif unser Heil zu versuchen, nur glauben etwa die jüngeren Kollegen — und auch die alten, welche zu den Tarifgegnern gehören — wir waren vor 1900 so ausgerechnete Schaafsköpfe, daß wir, gerade um die damaligen trostlosen Verhältnisse in unserem Beruf zu steuern und aufzuheben, zur Einführung einer Tarifpolitik auch in unserem Beruf, unsere Mitarbeit verließen? Eins steht unumstößlich fest und daran kann auch der schärfste Tarifgegner nicht rütteln: Unser Beruf hat sich gerade durch unsere Tarifpolitik in solche Bahnen gelenkt, daß von ordnungsgemäßen Zuständen gesprochen werden konnte, ja, daß überhaupt eine solche Entwicklung möglich war. Womit ich selbstverständlich nicht gesagt haben will, daß keine Verbesserungen mehr zu erstreben gewesen wären. Über Lernlingswesen, Überläuferfrage, Preisbildung, sanitäre Verhältnisse, das alles sind Sachen, welche erst durch den Tarif auf eine Basis geleitet wurden, wo von einer vernünftigen Entwicklung erst gesprochen werden konnte. Und daß auch während des Krieges unser Tarifgebäude seine Existenzberechtigung erwiesener hat, welcher einsichtige Kollege wird dies wohl bestreiten wollen?

Wenn man schon vor 1900, als noch kein Weltkrieg eine Zerstörungswut in unser Wirtschaftsleben hineingetragen hatte, der Gedanke an eine Tarifpolitik eine greifbare Form annahm, so ist es doch meines Erachtens notwendig, sich mal allen Ernstes die Frage vorzulegen: ob nicht ausgerechnet jetzt die Preisgabe dieser Politik einem Schritt ins sichere Verderben gleichkäme. Denn was uns damals, unter bedeutend günstigeren Wirtschaftsverhältnissen, unmöglich war, das glaubt nun doch wohl keiner im Ernst, daß es uns jetzt möglich wäre.

Darum: Augen auf und dreimal überlegt! Nun kommt hinzu, und dieses mögen sich die Gegner des Tarifgedankens sehr gut merken: Jede

Entwicklung geht vor- und nicht rückwärts. Daran ändert auch die Einwendung nichts, daß hier und da ein neuer Tarifabschluß Verschiebungen brachte, denn dasselbe Spiel findet auch ohne Tarif statt, daß die jeweilige Konjunktur von Einfluß ist auf das Durchdrücken von Forderungen auf der einen oder auf der anderen Seite. Ich habe in letzter Zeit oft staunen müssen, gerade in dieser Beziehung so wenig Verständnis für die Tatsache zu finden: daß Tarifverträge im eigentlichen Sinne einen Schritt vorwärts bedeuten in der Richtung der Sozialisierung, eine sehr logische Folge der Zentralisation der beiderseitigen Organisationsgruppen. Wir streben z. B. einen Industrierivband der graphischen Berufe an, nun, darüber können wir uns klar sein, daß dieser Gedanke nunmehr so festen Fuß gefaßt hat, daß über kurz oder lang die Verschmelzung kommen muß, daß aber dann auch der erste Schritt in der Richtung auf Schaffung eines Zentraltarifes für alle graphischen Berufe gemacht wird, darüber sind sich wohl alle Einsichtigen einig. Und bei dieser Auffassung der Lage sieht es für mich fest, daß nicht an ein Fallenlassen der Tarifgemeinschaft gedacht werden kann, keine Dezentralisation also, sondern vielmehr einen Ausbau, eine Festigung ins Auge gefaßt werden muß! Tun wir dies nicht, bröckeln wir uns ab von dem Gebäude, das im Werden begriffen ist, so können wir uns dessen sicher sein, daß die Entwicklung der Dinge über uns hinwegstreitet; und machen wir uns um Gotteswillen keine Illusionen, so unentbehrlich, so unersetzlich ist insbesondere unsere graphische Sparte nicht, daß sie sich den Luxus eines selbständigen Entgegenkommens leisten könnte. Wollen wir uns halten und überhaupt weiterentwickeln, so ist es vor allem notwendig, daß wir unsere Blicke mal umherschweifen lassen und uns nicht in unseren engen Berufsgrenzen feststarren.

Aber — und nun komme ich auf meine vorherigen Ausführungen zurück — wenn wir uns davon überzeugt haben, daß es notwendig ist, unseren Tarif auszubauen, so müssen wir uns zunächst über einiges klar werden.

Der Tarif kann nur bestehen, nur dann sich gedeihlich entwickeln, wenn sich die übergroße Mehrzahl der Berufsangehörigen aus beiden Lagern zu ihm bekennen, von seiner Notwendigkeit überzeugt sind. Es hat keinen Zweck, wenn nur ein geringer Teil von Einsichtigen darüber klar ist, auf die Dauer läßt sich dies nicht halten. Und hier möchte ich nun einige Worte über Vorkommnisse verlieren, welche in letzter Zeit — nicht nur bei uns! — in die Erscheinung getreten sind. Zunächst das allereinfachste, aber . . . das am meisten angegriffene!

Die Bevollmächtigten, welche die Unterhandlungen führen und den Tarif im Namen der beiden Berufsgemeinschaften abschließen. Immer und immer wieder kommt die Meinung zum Ausdruck: »es hätte so und so gemacht werden sollen, dies und jenes hätte durchgedrückt werden müssen«, wenn nicht sogar: »sie haben sich breit schlagen lassen!« In kurzen Worten: stets war die Führung unfähig, und zu wiederholten Malen taudte sogar die Ansicht auf, die Verhandlungen hätten abgebrochen werden sollen. Man hat dieses und jenes versucht, die Zahl der Teilnehmer bei den verantwortungsvollen Verhandlungen vergrößert, durch Urabstimmung die Gesamtheit der Kollegenschaft ihr Votum aussprechen lassen. Gewiß, beides ist demokratisch richtig, es fragt sich nur: lohnt sich bei der Verteuerung durch dieses Verfahren eigentlich die Geschichte? Ist denn überhaupt etwas anderes dabei herausgekommen? Ich, als ehrlicher Verfechter der demokratischen Idee in ihrer vollendetsten Form, muß es hier offen bekennen: ich hätte etwas anderes davon erwartet, alles ist beim alten geblieben! Das Resultat war immer — und hier liegt der Hase im Pfeffer! — den jeweiligen Konjunkturverhältnissen entsprechend, und, man muß lernen aus der Erfahrung! — Man ist gezwungen, sich abzufinden mit der Tatsache: daß ganz bestimmte Gesetze ihre ganz bestimmte Bahn gehen! Daran ändert kein vergrößerter Unterhandlungskörper, noch eine Urabstimmung einen Deut. Zur Illustrierung noch folgendes:

Vor kurzem war hier in Hamburg ein bekannter Leipziger Kollege auf Besuch und war auch in unserer Chemigraphenversammlung anwesend. Auch dieser Kollege vertrat die Ansicht, daß es gut wäre, wenn die Zahl der Verantwortlichen bei den Verhandlungen vergrößert würde, auf daß die so wäre Verantwortung auf mehr Schultern gelegt würde. Nun, der Kollege hat Verhandlungen mitgegangen und ich wüßte mich nicht wenig über seine Ansicht. Interessant war es nun aber doch, als er in seinen Ausführungen gleichzeitig betonte, daß in Leipzig die Auflassung dahin ging, daß, wenn eine bestimmte Person nicht zufällig von Berlin abwesend gewesen wäre und dadurch den Verhandlungen nicht beiwohnen konnte, etwas beseres herausgeholt wäre! Nun, Kollegen, besagt denn dieses im Grunde genommen etwas anderes, als daß die Forderung nach mehr Vertretern . . . eine Phrase ist?! Denn die Auffassung der Leipziger Kollegenschaft sagt doch nichts anderes als mit dürren Worten: die Sache muß verständlich sein, und verstehen tut sie sie am besten, der in der Sache eingearbeitet ist. Ob dies aber nun auch freimütig eingeräumt wird?

Wir müssen uns endlich über eines klar werden. Die effektive Mitarbeit der Kollegen ist etwas, was auch ich immer angestrebt und gefordert habe, aber sie soll sich in anderer Sinne äußern, und zwar in der Gesamtarbeit. Und wo wir einige sehen haben, daß auch auf dem neuen Wege nichts anderes erzielt wird, da müssen wir nicht nur den Mut finden es uns einzugestehen, sondern wir müssen es auch der Kollegenschaft gegenüber betonen und vertreten: daß nicht stets und immer die leitenden Kollegen, sondern auch die jeweiligen Verhältnisse ein starkes Wort mitreden.

Etwas mehr Vertrauen in der Führung tut dringend not, ja, ist da Gebot der Stunde! Was hat es sonst am letzten Ende für einen Zweck, organisiert zu sein? Alle können wir doch nicht an der Spitze stehen, und wir haben es doch selber in der Hand, uns unsere Führer zu wählen. Wir haben — nebenbei bemerkt — statutarische Rechte genügend, welche uns Mittel und Wege geben, den Mehrheitswillen durchzudrücken, aber das ist es ja eben, die Kritik geht meistens andere Wege und . . . drückt sich in den meisten Fällen für verantwortungsvolle Mitarbeit! — Also: zunächst etwas mehr Vertrauen zu der Führung. Haben wir sie uns gewählt, so muß es für uns feststehen, daß sie das beste für uns herauszuholen bestrebt sind, was natürlich nicht besagen soll, daß zu allem Ja und Amen gesagt werden muß, Kritik und Überwachung sollen stets auf Posten sein, nur das untergrabende Mißtrauen muß verschwinden. Muß, denn es schädigt mehr als man beschreiben kann.

Photogr. Mitarbeiter.

Deutsche Lichtbild-Kunst.

Die Stimmen, die eine fachliche Selbstfortbildung der Arbeiter als reaktionär verschreien und darin eine Verwässerung des revolutionären Klassenkampfes erblicken, verstummen immer mehr angesichts der entwicklungsgeschichtlichen Notwendigkeiten, obwohl die Tatsache nicht im geringsten verändert worden ist, daß der Löwenanteil der fachlichen Fortbildung der Arbeiter in der Jetztzeit der Steigerung der Profitrate anheim fällt. Die praktische Tätigkeit der Arbeiter im Wirtschaftsleben durch die Betriebsräte, zum Zwecke der Erreichung der ökonomischen Macht mit ihrem Endziel der sozialistischen Produktion, läßt immer deutlicher erkennen, daß eine Bedarfswirtschaft mit der Erfüllung aller an sie gestellten Erwartungen nur möglich ist, wenn der einzelne Arbeiter außer der ganzen Hingabe an die Gesamtheit zugleich die ganzen Methoden seiner beruflichen Tätigkeit beherrscht.

Die konzentrierte Dezentralisation, die in ihrer Verschärfung den einzelnen Arbeiter immer mehr zum Sozialistenstum zwingt, hat nur in wenigen Gewerben eine solche Ausprägung erfahren wie in der Photographie. Und dabei steht die Photographie erst am Anfang ihrer Entwicklung, obwohl sie mit Riesenschritten vorwärts gestürzt ist und sich schon in allerhand Dinge hineingedrängt hat. Doch trotz aller erzielten Erfolge stehen noch der Lösung harrenden Probleme in solcher Anzahl vor dem grübelnden Menschengenau, daß ihre Erfüllung eröffnet ungeahnte Perspektiven. Und dabei ist schon jetzt die Praxis des Photographen so vieltätig, daß nur ein eingehendes Studium gestattet, all' den vielen Kanälen nachzugehen, will man die photographische Tätigkeit und ihren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ergründen.

Dem Berufsarbeiter ist im allgemeinen dieses Studium auf den dafür errichteten Schulen nicht möglich und er muß, will er einigermaßen auf dem Laufenden bleiben, zu anderen Mitteln greifen. Ein geeignetes Mittel, berufliche Fortbildung zu betreiben, sind die Fachzeitschriften, die alle Erscheinungen und Neuerscheinungen behandeln. Dem Photographiegewerbe ist vor kurzem in der Fachzeitschrift »Deutsche Lichtbild Kunst« ein neuer Förderer entstanden. Unter der Leitung des wirklichen Rates Professor Emmerich in München stehend und vom Verlag Münchener Budgewerbehause M. Müller & Sohn herausgegeben, sprechen die bis jetzt ersdueneren 3 Hefte so für sich selbst, daß es Eulen nach Athen tragen helfe, noch weitere Worte über die Güte der Fachzeitschrift »Deutsche Lichtbild Kunst« zu verlieren. Die inhaltliche wie bildliche Ausgestaltung steht vollständig auf der Höhe und der Preis — pro Jahr für 12 Hefte 24,— Mk., pro Halbjahr für 6 Hefte 12,— Mk., ist ein durchaus nicht zu hoher.

Schon in dem Eingangsatikel »Von Zukunftsgem« wird ein klarer Weg vorgezeichnet, den die »Deutsche Lichtbild-Kunst« zu gehen gewillt ist. Und die zwei folgenden Hefte weichen von diesem Wege nicht ab. Artikel, die die verschiedensten Gebiete photographischer Technik behandeln, lassen den Fachmann einen guten beruflichen Rundblick tun, dessen Tiefe der Erkenntnis noch verstärkt wird durch Betrachtungen der Lage des Gewerbes im Auslande, der technischen Neuerungen, des Ausstellungswesens, der Arbeiten in den Lehranstalten und sonstigen kleinen Mitteilungen.

Wer einer fachlichen Fortbildung auf dem Gebiete der Photographie zuneigt und infolge seiner wirtschaftlichen Lage darauf verzichten muß, diese

auf irgend einer Hochschule zu betreiben, dem kann als gute Hilfe die »Deutsche Lichtbild-Kunst« empfohlen werden, zumal auch die »Deutsche Lichtbild-Kunst« gern ihre Spalten dem Streben der in der Photographie beschäftigten Arbeiter zur Verfügung stellt.

Die Tapetenbranche.

Der Formstechertarif für allgemein rechtsverbindlich erklärt.

Nun ist auch der Reichstafel für das deutsche Formstechergewerbe für allgemein rechtsverbindlich erklärt worden und die in diesem Tarif niedergelegten und festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen damit allgemeines Berufsgesetz geworden. Selbst wenn es noch Unternehmer geben sollte die den Tarif nicht anerkennen, oder gar Gehilfen, die der Organisation nicht angehören und dadurch von selbst auf die erzielten Verbesserungen verzichten, bleibt der für rechtsverbindlich erklärte Tarif berufliches Gesetz mit zwingender Kraft.

Die Rechtsverbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß der vorigen Nummer der »Graph. Presse«, so daß die Verfügung des Reichsarbeitsministeriums noch als Bekanntmachung des Verbandsvorstandes erscheinen konnte. Wir geben sie noch einmal zur Kenntnis, damit jeder Kollege den daraus gezogenen Schlußfolgerungen reslos folgen kann. Die Zuschrift lautet:

Der zwischen dem Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe in Berlin und dem Verband deutscher Formstecherebesitzer am 19. Oktober 1919 abgeschlossene Reichstafelvertrag nebst den dazu am 7. Februar 1920 und 19. April 1920 vereinbarten Nachträgen I und II zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die im deutschen Formstechergewerbebeschäftigten Zeichner, Holz- und Messingsieder und Hilfsarbeiter wird mit Ausnahme der Bestimmungen über den Organisationszwang für den genannten Berufskreis gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt für den Tarifvertrag selbst und dem Nachtrag I mit dem 15. April 1920, für den Nachtrag II mit dem 1. Mai 1920. Der Reichsarbeitsminister.

I. V.: Geib.
Durch diese Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist nicht nur der Tarif, sondern auch die beiden Nachträge vom 7. Februar und 19. April 1920 für allgemein rechtsverbindlich erklärt worden. Das heißt, daß die Kollegen ihre aus dieser Rechtsverbindlichkeitserklärung hervorgehenden und noch nicht erfüllten Forderungen vor jedem Gewerbegericht, Schlichtungsausschuß oder Demobilisationsamt anhängig machen können, wenn die Unternehmer nicht durch einen Hinweis auf die erfolgte Verfügung hin es vorziehen, der sicheren Verteilung zu entgehen und aus freien Stücken den berechtigten Forderungen der Gehilfen nachkommen.

Aus dem Wortlaut der Rechtsverbindlichkeitserklärung geht aber auch hervor, daß der Tarifvertrag auch für das linksrheinische Gebiet Geltung hat und damit das ganze Gebiet des deutschen Formstechergewerbes erfaßt wird, im Gegensatz zum deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe, das die Rechtsverbindlichkeitserklärung seines Tarifvertrages nur für das rechtsrheinische Gebiet hat.

Neu an der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung ist auch der Einbezug der Bestimmungen, die das Lehrlingswesen betreffen und allgemein regeln. Noch beim Steindruckertarif waren alle Bemühungen nach dieser Richtung hin erfolglos und die Versuche in der Porträitphotographie, auf diesem Wege gesunde Verhältnisse in bezug auf den Berufsnachwuchs zu schaffen, scheiterten. Anscheinend sind die Einwände, die aus allen Kreisen der Arbeiterschaft ob der Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zur Lehrlingsfrage erhoben wurden, doch nicht ganz unbeachtet geblieben und haben ermöglicht, daß auch die Lehrlingsfrage mit in den Kreis der verbindlich erklärten Bestimmungen aufgenommen worden ist.

Die endlich erzielte Erklärung der Rechtsverbindlichkeit des Tarifes legt allen Kollegen die Verpflichtung auf, nun auch mit allem Nachdruck die im Tarif festgelegten Bestimmungen voll in Wirkung zu setzen. Wo die tariflichen Löhne noch nicht gezahlt werden, muß deren Zahlung gefordert werden und im Falle der Weigerung der Zahlung die Ortsverwaltung im Verein mit der Gauleitung beauftragt werden, alle Mittel anzuwenden, die Bestimmungen des Tarifes und seiner Nachträge in Geltung zu setzen. Da auch in der Lehrlingsfrage und einigen anderen Bestimmungen verschiedenes noch zu tun übrig bleibt, ist es ratsam, noch einmal genau alles nachzuprüfen und festgestellte Mängel mit Nachdruck zu beseitigen. Die Gehilfenschaft muß ihren Stolz darin setzen und alles tun, was in ihren Kräften steht, Schmutz- und Konkurrenz, aufgebaut auf schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsarbeiter, zu unterbinden und den abgeschlossenen und nun rechtsverbindlich erklärten Tarifvertrag voll in Geltung zu setzen.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Klassenjustiz. Von Paul Schneider. Verlag »Freiheit«, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Preis Mk. 1,80.

Die Schrift bringt neben einer kurzen Einleitung über das Wesen der Klassenjustiz eine chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre und fordert am Schluß zum unermüdlischen Kampf gegen die Klassenjustiz auf.

Das System Noske. Von Felix Stöbinger und Karl Holz mit zirka 30 Karikaturen. Verlag »Freiheit«, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Preis Mk. 4.-

Neben einer kleinen Einleitung geißelt Karl Holz in zirka 30 zum Teil sehr gelungenen Karikaturen die Ara Noske und findet sehr gut die Stellen, die einem Sozialdemokraten als Wehrminister in einem kapitalistischen Staate nur zu leicht in recht eigenartige Situationen bringen. Die kleine Broschüre will mit dazu dienen, die Massen aufzuklären.

Hinter den Kulissen der Kappregierung. Von William Wauer. Verlag SOZAG Wauer, Berlin W 66.

Wauer versucht in dieser Schrift seine Haltung während den Tagen des Kapp-Putsches zu rechtfertigen, die ihm seine Entfernung aus dem Verbands der Film- und Kinoangestellten und der Sozialdemokratischen Partei einbrachte. Daß Wauer mit der damals eingenommenen Haltung von Partei und Gewerkschaften nicht zufrieden ist, versteht sich am Rande und die deswegen erhobenen Vorwürfe haben wenig Bedeutung. Dem kritischen Leser bietet die Schrift eine Erweiterung seines Einblickes in die Werkstatt der Gegenrevolution.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit Portraits der Ermordeten und Bildern der Angeklagten. Verlag »Freiheit«, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Ein Jahr nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gibt der Freiheitverlag eine zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht heraus und erwirbt sich damit ein Verdienst an der gesamten Arbeiterklasse. Das Untersuchungsmaterial und der Prozeßbericht lassen noch einmal die ganze Zeit des vergangenen Jahres am geistigen Auge vorbeiziehen und geben schlagende Beweise dafür, daß die alte Gesellschaft mit allen Mitteln die alte Zeit zu halten versucht.

Was wird aus der deutschen Arbeiterbewegung. Von Paul Lensch. »Der Firm«, Verlag Berlin W 57. Preis Mk. 1,50

Diese die Öffentlichkeit stark bewegende Frage beantwortet Paul Lensch in seiner Schrift und gibt damit eine Fortsetzung seiner Schrift »Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück«, die während des Krieges erschienen ist. Das Auftreten der Gewerkschaften während des Kapp-Putsches und ihre kraftvolle Abwehr der Reaktion durch den Generalstreik gaben Lensch Veranlassung anzunehmen, daß die Gewerkschaften in Zukunft an Stelle der politischen Organisationen den Kampf auf politischem Gebiete führen werden. Durch die Zerfleischung der politischen Organisation ist diese aktionsunfähig geworden und gehört nach Lensch's Auffassung die Sozialdemokratie genau so zum alten System wie die Monarchie, der Militarismus oder das Junkertum. Daneben enthält die Schrift eine Fülle anregender Gedanken über Demokratie und Sozialismus, die Weimarer Verfassung, die er ein erfülltes »Ideal aus Großvaters Zeiten« nennt, Wirtschaftspolitik usw., so daß die Lektüre dieser Schrift, die die Wiedergabe eines Vortrags ist, sich außerordentlich lohnt.

Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf? Gewerkschaftliche Probleme im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Von Paul Böttcher. Ver-

lag Graphischer Block, Leipzig. Preis mit Umschlag Mk. 1,25.

Diese Schrift, die sich in der Hauptsache gegen die bisherige Haltung des Deutschen Buchdruckerverbandes und der Redaktion des »Korrespondent« wendet, die Arbeitsgemeinschaft verwirft und gegen jede Tarifpolitik Sturm läßt, kann als Programm der unter dem Namen »Graphischer Block« sich betätigenden Opposition im graphischen Gewerbe bezeichnet werden. Wenigstens im letzten Abschnitt wird versucht, der Opposition einheitlich Ziel und Richtung zu geben und die grundsätzliche Forderung des unzweideutigen Bekenntnisses zum revolutionären Räteystem aufgestellt.

Der wirtschaftliche Niedergang. Von Dr. Otto Hugo. M. d. N. Staatspolitischer Verlag, Berlin SW 48. Friedrichstr. 226. Preis Mk. 2,50.

In seinem immerhin lesenswerten Buche versucht der Verfasser den Nachweis zu erbringen, daß nur auf dem Wege der kapitalistischen Produktion eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft möglich ist. Zwingendes Gebot sei, in der Frage der Wirtschaft den politischen Streik zu beenden und positive aufbauende Arbeit zu leisten. Die Unternehmer seien dazu bereit. Durch die Arbeitsgemeinschaft sei der Klassengedanke auf der einen, und der Herrenstandpunkt auf der andern Seite zu überwinden.

Die Schwerindustrie in und nach dem Kriege. Von Arthur Saturnus, Verlag »Gesellschaft und Erziehung«, Berlin-Fichtenau, Preis Mk. 2.-

Diese Schrift ist eine Klage und eine Anklage gegen diejenigen Industriellen, die durch ihre verbrecherische Kriegs- und Friedenspolitik am Zusammenbruch Deutschlands und an seiner wirtschaftlichen Lähmung ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Sie ist bestimmt, den plutokratischen Hintermännern der Rechtsparteien durch rückwärtslose Aufdeckung ihrer Geschäftspraktiken die Maske vom Gesicht zu reißen und dem Volke zu zeigen wo seine Feinde stehen.

Ein Fachmann der Eisenindustrie, der während des Krieges genauen Einblick in ihre Treibereien hatte, und ihre Geschäftsgebahren auch in der Revolutionszeit kritisch übersieht, nimmt hier das Wort, um die bisher nur kleinen Kreisen zugänglichen Feststellungen über Mißstände der Schwerindustrie der breitesten Öffentlichkeit zu übergeben. Die leicht verständliche Darstellung durch einen Journalisten und Vorkämpfer gegen die schwerindustriellen Machenschaften wird im Kampfe für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus eine wertvolle Stütze sein.

Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz. Von Rudolf Wissel. Verlag Buchhandlung »Vorwärts«, Berlin SW. 68. Preis Mk. 2,50.

Von allen vielen in letzter Zeit erlassenen Steuergesetzen ist das Reichseinkommensteuergesetz für die breite Masse der Bevölkerung das wichtigste. Seine einschneidenden Wirkungen machten sich beim Steuerabzug zum ersten Male fühlbar. In Kürze wird nun die Steuerveranlagung folgen. Handhabung der Steuerkarte, richtige Einschätzung, versteuerbares und steuerfreies Einkommen, abzugsfähige und nicht abzugsfähige Beträge. Über all diese wichtigen Bestimmungen des Gesetzes gibt Wissel in seinem gemeinverständlich geschriebenen Büchlein zuverlässige Aufklärung, weshalb es jedem Steuerpflichtigen im eigenen Interesse wärmstens empfohlen sei.

Das Reichswahlgesetz, mit Wahlkreisteilung und Wahlordnung, erläutert von Emil Eichhorn. Preis Mk. 4.-

Diese Schrift ist ein unentbehrlicher Führer für jeden, der mit der Wahlbewegung für den Reichstag irgend etwas zu tun hat. Sie enthält eingehende Erläuterungen zu den Paragraphen und erleichtert dadurch wesentlich die Durchführung der Wahlarbeit. Die Schrift ist aber auch für denjenigen notwendig, der sich in dem komplizierten Wesen des jetzt geltenden Reichstagswahlgesetzes unterrichten will.

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe. Gemeinverständliche Darstellung und Erläuterung

aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung von Rudolf Weck, Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr. Preis Mk. 2,50.

Für Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ist kein Betriebsrat, sondern ein Obmann zu wählen, für welchen besondere Bestimmungen gelten. Diese Sonderbestimmungen sind in der Schrift von Weck zusammengefaßt und mit großer Sachkenntnis erläutert worden. Das Büchlein wird daher als unentbehrlicher Ratgeber für die in den Kleinbetrieben beschäftigten, insbesondere für Obleute sein. Es ist ferner außerordentlich geeignet, die gewerkschaftliche Bewegung im Kleinbetrieb zu fördern, und die dort beschäftigte Arbeiterschaft in ihrem Bestreben nach Anerkennung ihrer Forderungen und Anwendung des Betriebsrätegesetzes zu unterstützen.

Beide Schriften sind zu beziehen durch die Verlagsgenossenschaft »Freiheit« e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Breitestr. 8-9. **„Kommentar zum Reichsversorgungs-gesetz“.** Verlag Buchhandlung »Vorwärts«, Berlin SW. 68. Preis Mk. 7.-

Die Tatsache, daß der Verfasser als Berichterstatter des 7er-Ausschusses an dem Zustandekommen des Gesetzes hervorragend mitwirkte, gibt die Gewähr für sorgfältige Erläuterung, so daß der Kommentar als ein praktischer Berater in allen Fragen der Militärversorgung anzusprechen ist. Gleichermaßen nützlich wird er als Nachschlagebuch für Behörden, Ausschüsse, Verbände etc. sein.

Ein Anhang der wichtigsten einschlägigen Gesetze und Verordnungen nebst den Ausführungsbestimmungen vom 21. April 1920 und vom 17. Mai 1920 ergänzt vorteilhaft diesen Kommentar.

Adressen-Änderungen.

3. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe »Graph. Presse« Nr. 16, 21 u. 23).

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Steindrucker, Berlin N. 24, Elsaßstr. 86-88, III zu berichten.

- Altenburg S.-A.: Fritz Rößler, Kanalstr. 38, II.
 - Bremen: Hermann Meyer, Bremen-Neustadt, Hermannstr. 92.
 - Frankfurt a. Main: Richard Scheibel, Frankfurt a. Main-Land, Lilienconstr. 34.
 - Hof-Göhlenau: Rudolf Kleiner, Hof-Göhlenau, Post Friedland, Bez. Breslau.
 - Kiel: Für alle Berufe: D. Michaelsen, Schauenburgerstr. 32, ptr.
 - Köln a. Rh.: August Dierich, Köln a. Rh.-Ehrenfeld, Venloerstr. 448.
 - Formstedter: Johannes Rodenkirchen, Köln a. Rh.-Rodenkirchen, Mittelsstr. 11.
 - München: Kupferdr.: Konrad Imhof, Tattenbacherstr. 18, I.
 - Neurode i. Schl.: Rich. Felgenhauer, Kunzendorfer Lauben 7, I.
 - Pforzheim i. B.: Für alle Berufe: Karl Hittler, Sofienstr. 28, I.
 - Stuttgart: Chemigraphen u. Lichtdr.: Arno Wolf, Moitkestr. 62.
 - Würzburg: Joseph Pfliegel, Blumenstr. 15.
 - Zwidau i. S.: M. Gaebel, Elsaßstr. 55 a ptr.
- Internationale Adressen.**
Internationaler Bund der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe.
 Sekretariat: Fr. Poels, Brüssel, Maison du Peuple, Rue Joseph-Stevens 17.
 Holland: Charles Gombault, Amsterdam, Rustenburgerstraat 40.
 Amerika: Amalgamated Lithographers of America, 205 West 14 th Street New York, N. Y. . . . U. S. A.

Ia. Retuscheure

durhaus firm in maschinentechnischen :: Arbeiten, sowie mehrere ::

Strich-u. Autoätzer

darunter eine Spezialkraft für Anätzen :: und Tieflegen der Platten, ferner ::

1Fräser u. Montierer,

welche sicher und flott zu arbeiten in-stande sind, wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und Lohn-:: ansprüche sofort melden. ::

BOHME & CO., Kommandit-gesellschaft, MAGDEBURG-W. Sedanring 4/5.

IN SERATE sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller Scheudnitz bei Leipzig, Augustastraße 8, zu senden.



Wolf's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

bürgel für das Halften auf getrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorrage Wirkung erzielt

Eine Probe überzeugt!
J. H. Wolff, G. m. b. H.

Deilmold.
Fachkundige Vertreter, auch ehem. Obermaschinenmeister überall gesucht!

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
CARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 12289.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, kann reslos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ - Druckpaste speziell für schiebt zu verdrückende Farben und Paplere.

„Enol“ Druckinktur - sehr geeignet für Bronzedruck

„Gollad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel (ist wasserheil, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich) empfiehlt

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Kassenbericht über das IV. Quartal 1919.

Am Beginn des 4. Quartals 1919 zählte der Verband 17856 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 876 mit und 196 ohne Eintrittsgeld, vom Militär zurück sind 315 und zugereist 415 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: freiwillig ausgetreten sind 259, ausgeschlossen wegen Beitragsresten usw. 721, zeitweise ausgetreten 18, gestorben 44 und abgereist 411 Mitglieder.

Am Schlusse des Quartals waren demnach 18205 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 17198 als Vollmitglieder einen Beitrag von 1,50 Mk. zahlen, 227 zahlen 1,20 Mk., 79 zahlen gemäß § 10, Absatz 2b wöchentlich 90 Pf., der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 55 Pf. gehören 18 Mitglieder an, während 29 einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. für die Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlen. Ferner befinden sich im obigen Mitgliederbestand 654 weibliche Mitglieder mit einem Beitrag von 80 Pf. wöchentlich.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des Quartals 1708 vorhanden. Dem Zugang von 229 steht ein Abgang von 135 gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals 1802 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 73, welche ausgemerzt haben und in den Verband übertreten sind.

Zu den 259 Invaliden sind 9 hinzugekommen. Verstorben sind 7, so daß am

Schlusse des Quartals 261 Invaliden vorhanden waren.

Zu den 465 Witwen sind 6 hinzugekommen. Verstorben sind 2, so daß am Schlusse des Quartals 469 Witwen vorhanden waren.

Arbeitslos waren am Ende des Quartals 563 und krank 206 Mitglieder.

Neue Erkrankungen entstanden im Quartal 599.

Vom Beitrag befreit waren während des Quartals insgesamt 2954 Mitglieder mit 17984 Wochen und zwar 2082 Mitglieder mit 14390 Wochen wegen Arbeitslosigkeit und wegen Krankheit 872 Mitglieder mit 3594 Wochen.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche im 4. Quartal mit der Hauptkasse abrechneten, betrug 139. Wieder eingerichtet ist die Mitgliedschaft M. Gladbach.

Die Einnahmen im 4. Quartal 1919 betragen 363780,78 Mk. (gegen 286704,53 Mark im 3. Quartal 1919), darunter sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 4216,58 Mk. Diese sind für Zinsen 3625,38 Mk. und für Inserate und Abonnements der »Gr. Presse« 591,20 Mk.

Die Ausgaben betragen 305987,23 Mk. (gegen 243686,19 Mk. im 3. Quartal 1919), darunter für sonstige Ausgaben in der Hauptkasse 19714,80 Mk., welche weiter unten angeführt sind. Auch die sächlichen Verwaltungskosten, sowie die Ausgaben für die Zentral-

kommissionen, Tarifverhandlungen usw. sind weiter unten näher spezialisierter. Die persönlichen Verwaltungskosten bestehen in Gehältern der Angestellten im Verbandsvorstand, der Orts- und Gauangestellten, für Sitzungen und Entschädigungen des Verbandsvorstandes, der Hauptkassen-Revisoren und Ausschusses. Unter den sonstigen Ausgaben von 8604,06 Mk. in den Mitgliedschaften befinden sich für Kartellbeiträge 5976,67 Mk., Agitation 1293,24 Mk., Lehrlingsabteilung 220,10 Mk., Bildungszwicke 231,45 Mk. und für Sonstiges 882,60 Mk.

Für Krankenunterstützung wurden in diesem Quartal 25861,86 Mk. (gegen 25539,70 Mark im 3. Quartal 1919), für Arbeitslosenunterstützung 35122,— Mk. (gegen 38053,05 Mark im 3. Quartal 1919) ausgegeben.

Der Überschuß in diesem Quartal betrug 57793,55 Mk. Der Kassenbestand inkl. Bestand in den Mitgliedschaften, (welcher als Vorschuß am Ort zurückbehalten ist) betrug am Schlusse des Quartals 492399,61 Mk.

Die Erledigung der Geschäfte des Verbandsvorstandes mit den Ortsvorständen, Einzelmitgliedern usw. brachte einen Eingang von 3271 diversen Postsendungen und erforderten die Abfertigung von 4885 Briefen, Karten, Drucksachen und Paketen. Außerdem waren in diesem Quartal 104 Geldsendungen nötig, welche an die Mitgliedschaften usw. durch die Post und unsere Bank übermittelt wurden.

Der Verbandsvorstand.

Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im IV. Quartal 1919.

Einnahmen		(Oktober bis Dezember 1919)		Ausgaben	
	Mk. Pf.		Mk. Pf.		Mk. Pf.
Für Eintrittsgelder von männlichen Mitgliedern	952 10	Für Lohnbewegungen	12289 50		
„ „ weiblichen	91 80	„ Maßregelungsunterstützung	395 —		
„ 230174 Wochenbeiträge à 1,50 inkl. Reste à 1,30	344783 90	„ Rechtsschutz	38 90		
„ 3227 „ „ 1,20 „ „ 1,00	3872 80	„ Umzugskosten	1301 70		
„ 996 „ „ 0,90 „ „ 0,80	894 10	„ Reiseunterstützung	1048 10		
„ 433 „ „ 0,55 „ „ 0,45	236 60	„ Arbeitslosenunterstützung	35122 01		
„ 205 „ „ 0,50 „ „	102 50	„ Krankenunterstützung	25204 05		
„ 7090 „ „ 0,80 inkl. Reste à 0,60 von weibl. Mitgliedern	5668 60	„ für Lehrlinge	657 81		
„ 25455 „ „ 0,10 von Lehrlingen	2545 50	„ Invalidenunterstützung	6850 80		
„ Portiersatz	4 40	„ Witwenunterstützung	7276 10		
„ sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	411 90	„ Sterbegelder für Mitglieder	3600 —		
„ „ „ der Hauptkasse	4216 58	„ „ „ Frauen	95 —		
		„ „ „ Lehrlinge	25 —		
		„ Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften	26954 12		
Summa:	363780 78	„ Honorar in den Mitgliedschaften (3 Prozent der Beiträge)	5844 65		
Kassenbestand vom 3. Quartal 1919 in den Mitgliedschaften	43179 21	„ sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	8604 06		
„ „ „ „ der Hauptkasse	391426 85	„ die Zentralkommissionen, Tarifverhandlungen usw.*	19194 93		
		„ die Zentralkommissionen, Tarifverhandlungen usw.*	12477 02		
		„ Verwaltungskosten in der Hauptkasse a) sächliche**	30664 45		
		„ „ „ b) persönliche	19714 80		
		„ sonstige Ausgaben in der Hauptkasse***	25352 30		
		„ die Graphische Presse und Graphische Jugend	487 —		
		„ Lehrlingsabteilung	1019 85		
		„ Agitation	200 60		
		„ Konferenzen	10867 45		
		„ Gaubeiträge und Gauzuschuß	44690 75		
		„ den Verbandstag in Magdeburg	884 —		
		„ Beitrag an den Deutschen Gewerkschaftsbund	1297 28		
		„ „ „ den internationalen Bund			
		Summa:	305987 23		
		Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1919 in den Mitgliedschaften	44265 08		
		„ „ „ „ „ „ der Hauptkasse	448134 53		
		Summa:	798386 84		

*Zentralkommissionen u. Tarifverhandl.:

	Mk.	Pf.
Für Tarifverhandlungen, Sitzungen des Tarifamtes, Schiedsgericht u. d. Zentralkommission der Lithogr. u. Steindr.	3444	45
„ Tarifverhandlung, Sitzungen des Tarifamtes, Schiedsgericht und der Zentralkommission sowie Unkosten d. Tarifamtes für 1919 und Arbeitsnachweis in Leipzig der Chemigraphen	12511	83
„ Arbeitsnachweis und Sitzungen des Tarifamtes und der Zentralkommission der Lichtdrucker	1032	85
„ Tarifverhandlung, Arbeitsnachweis u. Sitzung der Zentralkommission der Formstecher	1997	80
„ Tarifverhandlung der Photographen	208	—
Summa:	19194	93

** Sächliche Verwaltungskosten:

	Mk.	Pf.
Für Büromiete, Reinigung, Fernspr. usw.	1814	46
„ Drucksachen	4462	75
„ Broschüren	543	80
„ Versicherungsbeiträge	2543	35
„ Porto	1680	61
„ sonstiges Material	1378	85
„ Unkosten des Ausschusses	53	20
Summa:	12477	02

*** Sonstige Ausgaben in der Hauptkasse:

	Mk.	Pf.
Für Pension des Kollegen Dietrich	250	—
„ Zinsen an den Bauarbeiter-Verband, 2. Semester 1919	2600	—
„ Zinsen an den Lithographen-Bund in Bern, 2. Semester 1919	875	—
„ Zinsen an die Buchdrucker in Berlin für 1919	800	—
„ Zinsen an den Buchbinder-Verband September-November 1919	312	50
„ Rückzahlung an den Buchbinder-Verband	5000	—
„ Löhne der Hilfsarbeiter im Verbandsbureau	6543	30
„ Hilfsaktion für Osterreich	3334	—
Summa:	19714	80

Berlin, den 26. Juni 1920.

Wilh. Brall, Kassierer.

Für den Verbandsvorstand:

Paul Lange.

Wilh. Hänlein.

Die Revisoren:

Richard Arndt, Berlin,
Auguststr. 50b.

Rich. Dinger.